



Presseschau vom 13.01.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben das Territorium der Republik beschossen. Dies teilte heute die Volksmiliz der LVR mit.

„Von 19:40 bis 20:00 (am 12. Januar) wurde aus Richtung Trjochisbjonka auf die T-förmige Kreuzung geschossen“, erläuterte die Verteidigungsbehörde der Republik.

„In der Folge der Beschüsse gibt es keine Opfer“, teilte die Volksmiliz mit.

De.sputniknews.com: Totale Blockade: Krim wirft Kiew Genozid vor und will UN einschalten
Das Parlament der Krim hat die Versorgungsblockade durch die Ukraine als „Akt des Genozids“ eingestuft und einen Appell an die Uno angekündigt. Zuvor hatte sogar der Kiewer Energieminister Wladimir Demtschischin eingeräumt, dass die Krim-Blockade Ausmaße eines Genozids annehmen könnte.

Die andauernde Lebensmittel- und Stromblockade durch die Ukraine sei ein „grober Verstoß gegen die Menschenrechte, ein Hassverbrechen und Genozid gegen die zivile Bevölkerung der Krim“, so das Parlament der Halbinsel in einer Erklärung. Nach Ansicht der Abgeordneten liefere die Blockade genug Stoff für einen Prozess vor dem Internationalen

Strafgerichtshof und für eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats. In seiner Erklärung baten sie das russische Außenministerium um politische und diplomatische Hilfe bei der Vorbereitung eines offiziellen Appells an die internationalen Gremien.

Die Krim-Bevölkerung hatte bei einem Referendum im März 2014 mit mehr als 96 Prozent für eine Abspaltung von der Ukraine und eine Wiedervereinigung mit Russland gestimmt.

Anlass für die Volksabstimmung war ein nationalistisch geprägter Umsturz in Kiew. Die neue ukrainische Regierung reagierte auf den Volksentscheid mit Sanktionen: Sie ließ den Luft-, Eisenbahn- und LKW-Verkehr mit der Krim stoppen.

Zudem wurde Trinkwasser-, Lebensmittel- und Stromversorgung der Insel, die keine Landverbindung zum russischen Kernland hat, gekappt. Anfang Januar 2016 verhängte die Ukraine zudem eine Handels-, Finanz und Seeblockade.

Ende November hat der ukrainische Energieminister Wladimir Demtschischin seine Regierungskollegen in Kiew davor gewarnt, es mit der Krim-Blockade „bis zum Genozid zu treiben“.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30604/89/306048954.jpg>

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben am gestrigen späten Abend Spartak beschossen, das in der Nähe des Donezker Flughafens liegt. Dies teilten Einwohner mit. „Man hat uns ab dem gestrigen späten Abend beschossen und schießt bis jetzt“, sagte eine Gesprächspartnerin der Agentur. Nach ihren Worten wird mit Granatwerfern, Panzerwaffen und Schusswaffen aus Richtung des benachbarten Dorfes Opytnoje, das von Kämpfern Kiews besetzt ist, geschossen.

Timer.ua: In Kramatorsk sind 17 Personen an Grippe gestorben, 33 befinden sich in einem äußerst ernsten Zustand

Mit Stand vom 11. Januar 2016 starben in Kramatorsk an Influenza-Komplikationen 17 Personen.

Wie „Wostotschnyj Projekt“ berichtet, befinden sich nach neuestem Stand in der Klinik 32 Patienten mit der Diagnose Influenza. Von diesen sind 12 Kinder, die in der Infektionsabteilung des Kinderkrankenhauses Kramatorsk behandelt werden.

Wegen Komplikationen der Grippe, v.a. wegen Lungenentzündung, wurden in die städtischen Krankenhäuser 208 Menschen eingeliefert. Von ihnen ischweben 33 Menschen in Lebensgefahr, darunter sechs Kinder. Beatmet werden im Moment 16 Patienten, darunter ein Kind.

Dan-news.info: Kämpfer ukrainischer bewaffneter Gruppierungen haben heute Morgen das Territorium des ehemaligen Flughafens von Donezk beschossen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Gegen 8:00 haben ukrainische Soldaten das Feuer auf Positionen der Streitkräfte der DVR im Flughafen eröffnet“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Nach seinen Angaben wandte der Gegner beim Beschuss Granatwerfer des Kalibers 82mm, kleinere Granatwerfer und Schusswaffen an.

De.sputniknews.com: Donbass-Krise: Poroschenko empfängt Putins Gesandten

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat Medienberichten zufolge Boris Gryslow, Moskaus Vertreter in der Kontaktgruppe zur Regelung im Donbass, persönlich empfangen. Nach Angaben der Zeitung ZN.ua war Gryslow einer persönlichen Einladung Poroschenkos gefolgt und nach Kiew gekommen, um die Beziehungen zwischen Kiew und Moskau zu erörtern.

Das Treffen habe am Montag stattgefunden, teilte die Ausgabe mit. „Der ukrainische Präsident hat sich mit dem Vertreter Putins in der Dreiseitigen Kontaktgruppe getroffen, um einen breiten Fragenkreis in den weiteren Beziehungen zwischen Kiew und Moskau zu besprechen.“

Ziel des Treffens sei die Erörterung der Hauptpunkte in den Beziehungen Moskaus zu Kiew gewesen. Laut der Quelle sind die Gespräche um ein Uhr nachts am Dienstag zu Ende gegangen, wonach Gryslow zum Flughafen „Borispol“ gefahren und abgeflogen sei.

Die Quelle der Ausgabe ZN.ua. behauptet ebenso, ein Gesprächsthema seien Veränderungen in der Verfassung der Ukraine gewesen, die bis zum Ende der laufenden Sitzung im ukrainischen Parlament zur Abstimmung gebracht werden sollen.

Die Behörden der Ukraine führen eine Gerichtsreform und eine Reform der Staatsanwaltschaft durch.

Zur Reformierung des Gerichtssystems müssen Veränderungen in das Grundgesetz eingebracht werden. Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hatte Ende November im Rahmen der Reform einen Entwurf von Verfassungsänderungen in die Rada, das nationale Parlament, eingebracht. Das Dokument wurde von der Venedig-Kommission des Europarates positiv bewertet.

Allerdings gab es seitens der internationalen Experten auch mehrere Bemerkungen. Das Parlament der Ukraine hatte den vom Präsidenten eingebrachten Entwurf von Verfassungsänderungen zur Gerichtsreform am 22. Dezember dem Verfassungsgericht des Landes zur Begutachtung übergeben.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30707/17/307071710.jpg>

Dan-news.info: Die Regierung der DVR plant im Januar an die Einwohner der Republik soziale Unterstützungen in einer Gesamthöhe von über 280 Mio. Rubel auszuzahlen. Dies teilte heute der Pressedienst des Arbeits- und Sozialministeriums der DVR mit.

„Im Januar ist geplant, Sozialunterstützungen in einer Gesamtsumme von 280,9 Mio. Rubel auszuzahlen. Zahlungen erhalten 109.000 Personen“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur. Sie fügte hinzu, dass die Auszahlung der Sozialzahlungen für Januar gestern begonnen hat.

Wir erinnern daran, dass im Dezember in der DVR Sozialzahlungen in Höhe von mehr als 245 Mio. Rubel ausgezahlt wurden.

Der Erlass über soziale Unterstützungen sieht 12 Arten staatlicher Hilfe vor: u.a. Kindergeld, Unterstützung für alleinerziehende Mütter, Waisen, Invaliden, wenig abgesicherte Familien und Familien mit vielen Kindern, Personen, die keinen Rentenanspruch haben. Der Umfang der meisten Zahlungen liegt zwischen 1000 und 4400 Rubel.

Nachmittags:

Ukrinform.ua: Die Vize-Parlamentschefin von der Partei „Samopomitsch“, Oxana Syroid, will vom Außenministerium der Ukraine Erklärungen zu dem Besuch des russischen Vertreters in der Ukraine-Kontaktgruppe Boris Gryslow in Kiew fordern.

Syroid schreibt auf Facebook, sie wolle das Ministerium daran erinnern, dass die EU gegen Gryslow Einreisverbot verhängt hatte. Nach diesem Besuch sei die Frage, „Wann müssen wir den Besuch des anderen bekannten russischen Politikers — Putin W.W erwarten?“, Für Treffen mit den russischen Bürgern, die mit Einreiseverboten belegt wurden, gibt es eine „schöne Stadt in Weißrussland - Minsk“, so Syroid.

De.sputniknews.com: Krim fordert von Kiew Entwaffnung illegaler Milizen

Das Krim-Parlament hat die ukrainischen Behörden zur Entwaffnung illegaler Milizengruppen aufgerufen, die vermutlich Terroranschläge gegen die Krim planen.

„Wir appellieren an den ukrainischen Staat, seine Verpflichtungen bei Terrorbekämpfung und Entwaffnung illegaler Milizen zu erfüllen, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vorbeugung und Vereitelung von Terrorakten gegen die Republik Krim innerhalb seines Territoriums zu ergreifen sowie die Strafverfolgung und Festnahme von Terroristen zu gewährleisten“, heißt es in der Erklärung des Parlaments am Mittwoch.

Zuvor hatten Anführer des Medschlis des krimtatarischen Volkes, die die Krim-Halbinsel nach der Wiedervereinigung mit Russland verlassen hatten, die Gründung eines muslimischen Freiwilligen-Bataillons angekündigt. Wie Lenur Isljamow, der Koordinator der Lebensmittel- und Energieblockade der Krim, später mitteilte, zähle das Bataillon von Noman Çelebicihan bereits 560 Mitglieder.

Die Staatsanwältin der Republik Krim, Natalja Poklonskaja, hat diesbezüglich mitgeteilt, dass die Gründung eines solchen Bataillons gemäß dem russischen Strafgesetzbuch gesetzwidrig sei und dass alle entsprechenden Beweise gesammelt und an den russischen Inlandsgeheimdienst FSB weitergeleitet würden.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30588/28/305882801.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Die Kiewer Truppen haben die T-förmige Kreuzung im Gebiet von Slawjanoserbsk in dem Versuch beschossen, die Abteilungen der Volksmiliz der LVR zur Erwidern des Feuers zu provozieren.

Jaschtschenko sagte, dass die militärisch-politische Führung der Ukraine weiterhin provokative Aktivitäten gegen die LVR durchführt und die Republik der Verletzung des „Regimes der Feueinstellung“ beschuldigt.

„Obwohl gestern am 12. Januar die ukrainischen Straftruppen ein weiteres Mal die erreichte Vereinbarung über die Einhaltung eines Regimes der Feueinstellung verletzt haben“, sagte der stellvertretende Leiter des Stabs.

„Gestern wurde von 19:40 bis 20:00 das Gebiet der T-förmigen Kreuzung nordwestlich von Slawjanoserbsk beschossen, das Feuer kam mit Schusswaffen aus Richtung Trjochisbjonka. Zum Glück gibt es auf unserer Seite keine Toten und Verletzten“, erklärte er.

„Allem Anschein nach wollten die ukrainischen Truppen mit solchen Aktivitäten die Abteilung der Volksmiliz zur Erwidern des Feuers provozieren, aber wir haben entsprechend den Minsker Vereinbarungen das Feuer nicht erwidert“, sagte er.

Die Kiewer Truppen verwenden Produktionseinrichtungen von Unternehmen auf von ihnen kontrolliertem Territorium des Donbass für die Aufbewahrung und Reparatur von Militärtechnik.

„Nach Angaben unserer Aufklärung wurde auf dem Territorium einer Gummifabrik eine große Ansammlung von Technik und Personal der ukrainischen Streitkräfte bemerkt. Und in Artjomowsk im Gebiet eines Steinbruchs wurden regelmäßig Lieferungen großer Mengen von Munition für schwere Waffen festgestellt“, teilte Jaschtschenko mit.

„Wir nehmen an, dass die ukrainischen Streitkräfte das Territorium und die Produktionseinrichtungen für die Aufbewahren und die Reparatur ihrer Technik nutzen“, sagte er.

Dabei unterstrich der stellvertretende Leiter des Stabs, dass die Abteilungen der Volksmiliz ständig militärischen Dienst tun, regelmäßig Ausbildungsmaßnahmen durchführen, was es den Soldaten der LVR ermöglicht, sich in einer hohen Bereitschaft zur Abwehr beliebiger möglicher Angriffe von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zu befinden.

De.sputniknews.com: Ukrainische Milliardenschuld: Russland zieht noch im Januar vor Gericht

Das russische Finanzministerium will bis Ende Januar die Ukraine verklagen, falls die Regierung in Kiew die Schulden in Höhe von drei Milliarden US-Dollar nicht begleichen sollte. Dies kündigte Finanzminister Anton Siluanow am Mittwoch an.

Russland hatte Ende 2013 ukrainische Eurobonds für drei Milliarden US-Dollar gekauft und dadurch die Ukraine damals vor der Staatspleite bewahrt. Die Papiere waren Ende 2015 fällig. Anfang 2014 kam es in der Ukraine zu einem Umsturz. Seitdem kämpft das Land gegen den Staatsbankrott. In diesem Sommer vereinbarte Kiew mit westlichen Gläubigern eine Umschuldung und forderte auch von Russland einen Teilerlass.

Russland lehnte das ab, erklärte sich jedoch zu einer Umschuldung bereit — unter der Bedingung, dass Kiew in den Jahren 2016 bis 2018 jährlich jeweils eine Milliarde Dollar zurückzahle und die USA oder die EU oder ein internationales Finanzinstitut Garantien dafür übernehmen würde. Diese lehnten es jedoch ab, als Garanten aufzutreten. Kiew verhängte ein "unbefristetes Moratorium für die Begleichung" der russischen Forderungen. Danach beauftragte Russlands Präsident Wladimir Putin das Ministerkabinett, die Ukraine zu verklagen.

Dan-news.info: Das Verteidigungsministerium der DVR hat etwa 100 kg Lebensmittel an die von den Beschüssen der ukrainischen Streitkräfte betroffenen Bezirke im Norden der Hauptstadt geliefert. Dies teilte heute das Ministerium mit.

„Vertreter des Verteidigungsministeriums der DVR haben den Einwohnern der Siedlung Pktjabrskij und des Kiewskij-Bezirks Lebensmittelpakete gebracht, darunter sind Grieß und Konserven. Insgesamt wurden 100kg dorthin geliefert“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Im Ministerium wurde hinzugefügt, dass das Ministerium in der nächsten Zeit in die frontnahe Zone der Republik noch einige Partien humanitäre Lieferungen mit Lebensmitteln bringt.

De.sputniknews.com: Poroschenko in ukrainischer Bevölkerung wenig populär – Umfrage Die Tätigkeit des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko ruft bei 70 Prozent seiner Mitbürger Unzufriedenheit hervor, wie eine Umfrage der Meinungsforschungsgruppe „Rating“ zeigt.

Laut der Studie lehnen 42 Prozent der ukrainischen Bevölkerung unmissverständlich die Tätigkeit des Staatsherrn ab. Weitere 28 Prozent drücken sich missbilligend darüber aus. Im Donbass (in den von Kiew kontrollierten Teilen der Region — Anm. d. Red.) sind diese Kennzahlen viel höher: 56 Prozent der Befragten bewerten die Tätigkeit Poroschenkos deutlich negativ, weitere 22 Prozent äußern Unzufriedenheit.

Das Vertrauensniveau in die Regierung von Premier Arseni Jazenjuk ist noch geringer. 68 Prozent der Donbass-Bewohner und 57 Prozent der Bürger anderer Gebiete der Ukraine schätzen die Tätigkeit des Ministerkabinetts deutlich negativ ein. Weitere 17 beziehungsweise 25 Prozent sind unzufrieden.

Auch die Arbeit des ukrainischen Parlaments findet wenig Beifall. 52 Prozent der Befragten sind eindeutig unzufrieden mit der Werchowna Rada. Im Donbass sind es 63 Prozent.

Die Umfrage wurde vom 19. bis 30. November 2015 im Auftrag des Internationalen republikanischen Institutes unter 1800 Menschen durchgeführt. Gesonderte Erhebungen wurden im Donbass unter 1284 Menschen angestellt.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30405/49/304054939.jpg>

Dan-news.info: Kämpfer Kiews haben heute mit dem Beschuss der Umgebung des Volvo-Zentrums im Kujbyschewskij-Bezirk der Hauptstadt in der Nähe des Flughafens begonnen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Gegen 13:45 haben ukrainische Truppen mit dem Beschuss des Gebiets des „Volvo-Zentrums“ begonnen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Er fügte hinzu, dass der Gegner mit Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen von den Positionen im okkupierten Peski aus schießt.

Dan-news.info: Das Anwachsen der Zahl der Krankheitsfälle mit schwerem akuten respiratorischem Syndrom (SARS), darunter auch Grippe, wurde in einer Reihe von Ortschaften der DVR festgestellt, aber die sanitär-epidemiologische Situation ist unter Kontrolle. Dies teilten heute die Leiter und Vertreter der örtlichen Verwaltungen der Republik mit.

„Die Zahl der Erkrankungen ist leider gewachsen, aber wir ergreifen alle prophylaktischen Maßnahmen“, unterstrich die Bürgermeisterin von Makejewka Larisa Tolstykina. Insbesondere sind in der zweitgrößten Stadt der Republik Massenveranstaltungen abgesagt worden. „Mit Medikamenten gibt es in den Apotheken keine Probleme, alle Präparate sind da“, fügte die Bürgermeisterin hinzu.

Die Behörden der Bezirke der Hauptstadt der Republik versicherten auch, dass der gegenwärtige Stand der SARS-Erkrankungen nicht kritisch ist. „Die Epidemieschwelle ist nicht überschritten, aber zur Prophylaxe hat der leitende Kinderarzt die Entscheidung getroffen, in den Schulen eine Quarantäne durchzuführen“, sagte der Leiter des Kiewskij-Bezirks von Donezk Walentin Lewtschenko.

Neben Donezk und Makejewka sind nach den letzten Daten des Gesundheitsministeriums der DVR die Zahlen der Krankheitsfälle auch in Tores und Dokutschajewsk gestiegen. In diesen vier Städten sowie im Amwrosiewskij-Bezirk der Republik sind die Krankheitsfälle in den ersten Tagen der Woche im Durchschnitt um 20-35 Prozent gestiegen.

Nach Informationen des Gesundheitsministeriums wird in Gorlowka ein Sinken der Zahl der Krankheitsfälle festgestellt – um etwa 6 Prozent. In den anderen Bezirken der Republik, darunter Jasinowataja, Telmanowo und Nowoasowsk ist die Situation normal.

„Menschen wenden sich an die medizinischen Einrichtungen, aber es gibt keinen heftigen Andrang. Alles ist im normalen Bereich“, sagte der Bürgermeister von Jasinowataja Jurij Janenko.

De.sputniknews.com: Neue Seidenstraße“: Ukrainische Züge sollen nach Asien über zwei Meere rollen

Transit durch drei Länder und Fähre über zwei Meere – einen solchen Umweg, der in der Ukraine stolz als „neue Seidenstraße“ bezeichnet wird, sollen künftig ukrainische Containerzüge nehmen, um nicht durch Russland nach Asien gelangen zu müssen.

Die Ukraine verhandle nun mit Aserbajdschan und Kasachstan über einen Durchgangstarif für ihre Güterzüge, die aus einer Kleinstadt in der Region Odessa über das Schwarze Meer, Georgien, Aserbajdschan, das Kaspische Meer und Kasachstan nach China fahren sollen, teilte der ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk in einer Regierungssitzung am Mittwoch mit.

Kiew suche wegen des von Russland eingeführten Transit- und Handelsembargos einen Alternativweg für die Lieferung ukrainischer Waren in mittelasiatische Länder, erklärte er. Die erste Demonstrationsfahrt kündigten die ukrainischen Behörden für den 15. Januar aus der Stadt Illichivsk an.

„Wir erwarten, dass unser erster experimenteller Zug schon demnächst die Strecke Ukraine — Georgien — Aserbajdschan – Kasachstan befahren wird. Dies würde der ukrainischen Wirtschaft einen alternativen Weg für die Lieferung von Waren an Märkte bieten, die immer ukrainisch gewesen sind. Aber wegen des russischen Transit- und Handelsembargos fällt es uns extrem schwer, unsere Waren zu liefern“, so Jazenjuk.

Die Autoren der Idee für diese Route hatten zuvor mitgeteilt, dass dies eine „neue Seidenstraße“ und eine Alternative für den Transit durch Russland sei.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30248/34/302483449.jpg>

Dnrsovet.su: Seit einigen Tagen ist die offizielle Seite des Volkssowjets der DVR von heftigen Hackerattacken betroffen, in der Folge war die Seite einige Zeit lang nicht zugreifbar.

Die Angriffe erfolgten mit IP-Adressen, die auf dem Gebiet der Ukraine, Deutschlands, Großbritanniens und der USA angesiedelt sind. Zur Zeit sind die Probleme beseitigt.

„Solche Angriffe erfolgen regelmäßig. Bemerkenswert ist, dass sie dieses Mal gleichzeitig gegen einige Informationsressourcen in der DVR und der LVR erfolgten. Informationen über die gesetzgeberischen Aktivitäten der Republik oder über mögliche Veranstaltungen der Abgeordneten können schwer als schadenbringend für die Auslöser dieser Angriffe bezeichnet werden, entsprechend sind wir ein weiteres Mal mit bestellten Angriffen massenhaften Charakters konfrontiert. Es ist klar, dass das Ausmaß einer solchen Aktion nicht geringe materielle Ausgaben erfordert, doch so können wir uns ein weiteres Mal von der Richtigkeit unserer Arbeit auf dem Hintergrund der unzweifelhaften Schwächung der Informationsdiktatur der ukrainischen Regierung und ihrer Herren überzeugen“, heißt es in einer Erklärung des Pressedienstes des Volkssowjets der DVR.

Timer.ua: In der Region Odessa gibt es die Gefahr einer Grippe-Epidemie bei Kindern

Die Ärzte haben Angst vor dem Anwachsen der Zahl der Influenza-Erkrankungen nach dem Ende der Winterferien in der Region Odessa.

Dies wurde während einer Pressekonferenz am 13. Januar von dem ersten stellvertretenden Gouverneur Vladimir Zhmak gesagt. An der Veranstaltung nahmen auch Vertreter der regionalen Abteilung für Gesundheit und von medizinischen Einrichtungen in der Region teil. Die Ärzte erklärten, dass die Quarantäne an Odessas Schulen eingeführt wird, falls die Höhe der aufgrund von Influenza und SARS fehlenden Schüler 20-30% erreicht. Die Schulleitungen müssen jeden Tag bis 11.00 Uhr die Anzahl der Schüler melden. Außerdem sollten die Schulen auf die Temperaturverhältnisse achten - die Raumtemperatur sollte nicht unter 20 Grad Celsius fallen.

Dan-news.info: Die Regierung der DVR wird den Bürgern republikanische Pässe ausstellen. Dies erklärte heute gegenüber Journalisten das Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko, ein entsprechender Beschluss wird bald vom Ministerrat getroffen werden. „In der nächsten Zeit wird es einen Beschluss des Ministerrats geben, den dann der Volkssowjet bestätigen wird, über die Ausgabe von Pässen der DVR“, sagte das Staatsoberhaupt auf die Frage nach den Perspektiven der Ausstattung der Einwohner der Republik mit Pässen.

De.sputniknews.com: Krim-Staatsanwältin: Stromausfall auf Halbinsel kostete Millionen Laut der Oberstaatsanwältin der Republik Krim, Natalja Poklonskaja, hat der Stromausfall in der Region durch die Beschädigung von Stromleitungen in der benachbarten Ukraine rund fünf Millionen US-Dollar (360 Millionen Rubel) Verlust gebracht, wie Medien berichten. Der Juristin zufolge dürfte die endgültige Verlustzahl viel höher liegen. Wie Poklonskaja zuvor mitgeteilt hatte, drohen dem Organisator der Energieblockade, Lenur Isljamow, bis zu 15 Jahre Freiheitsentzug. Ende November 2015 war die Stromzufuhr auf die Schwarzmeer-Halbinsel wegen Aktivitäten ukrainischer und krimtatarischer Radikaler für mehrere Wochen unterbrochen worden. Mehrere Leitungsmasten waren gesprengt worden, was zu einem völligen Strom-Blackout auf der russischen Schwarzmeer-Halbinsel Krim führte. In der Region wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich in den letzten 24 Stunden nicht geändert. Die ukrainischen Truppen haben in Verletzungen aller Vereinbarungen fünfmal das Territorium der Republik beschossen.

„Beschossen wurden die Gebiete von Kominternowo, Shabitschewo, Spartak und das Gebiet des Flughafens von Donezk. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik acht Granatgeschosse des Kalibers 82mm und mehr als 35 Schüsse mit Abwehrgeschützen und kleineren Granatwerfern abgegeben. Ich lenke die Aufmerksamkeit darauf, dass der Gegner weiterhin das Territorium der Pufferzone beschießt. So haben die ukrainischen Streitkräfte mehr als fünf Schüsse mit Panzern von Wodjanoje auf Kominternowo abgegeben“, teilte Eduard Basurin mit.

Die Aufklärung der DVR stellt weiterhin Verschiebungen und Konzentrationen von Waffen und Personal des Gegners an der Kontaktlinie fest.

„So wurden im Gebiet von Fedorowka, 10 km von der Kontaktlinie, zwei Panzer, vier Artilleriegeschütze, eine Batterie Feldartillerie, darunter zwei 152mm-Haubitzen „Giazint-B“ festgestellt. In Nowoselowka Wtoraja, 8 km von der Kontaktlinie, wurden zwei Artilleriegeschütze entdeckt. In Pischtschewik (Pufferzone) wurden drei Panzer, zwei

Einheiten Panzertechnik, zwei 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“ und 50 Mann entdeckt; in Oktjabrj wurde ein Artilleriegeschütz, drei Einheiten Panzertechnik und ein 120mm-Granatwerfer festgestellt, in Artjomowsk wurde die Ankunft von zehn Bussen mit Personal aus der 54. einzelnen mechanisierten Brigade entdeckt. Außerdem waren gemäß dem OSZE-Bericht vom 12. Januar 2016 an den Lagerorten für verbotene Waffen 12 ukrainische Mehrfachraketenwerfer „Grad“ nicht vorhanden“, erklärte Eduard Basurin.

Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR bestätigt die Ankunft von ukrainischen Soldaten der 36. einzelnen Marineinfanteriebrigade mit Verletzungen durch Feuerwaffen, die sie in Folge von Auseinandersetzungen mit Kämpfern des Spezialregiments „Asow“, das aus Mitgliedern des „Rechten Sektors“ gebildet wurde, bei Lebendinskoje sowie in der Folge chaotischer Beschüsse von Verteidigungspositionen der Armee der DVR im Bereich von Sajzewo erlitten haben, in Artjomowsk und Tschasow Jar.

„Das Kommando der „ATO“ ist nicht in der Lage, die Abteilungen von Nationalisten zu kontrollieren. Nach Angaben der medizinischen Beschäftigten der Krankenhäuser gibt es unter den Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade 2 Tote und drei Verletzte aufgrund eines Gefechts mit Nationalisten des Regiments „Asow“. Diese Verluste versuchte das Kommando der ukrainischen Streitkräfte als Ergebnis von Beschüssen von Seiten der der Streitkräfte der DVR auszugeben“, teilte Eduard Basurin mit.

Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR sammelt weiter Fakten über aktive Zusammenarbeit der ukrainischen Regierung mit Vertretern internationaler terroristischer Organisationen.

„Keiner hat mehr Zweifel daran, dass die Türkei verdeckt den IS unterstützt. So lässt sich nach der Aktivierung der Beziehungen Kiews mit Ankara eine Vergrößerung des Zustroms radikaler Islamisten in die Zone der sogenannten ATO feststellen. In der Zone der Strafoperation kämpfen auf Seiten der ukrainischen Armee gemäß den Informationen der Aufklärung der Streitkräfte der DVR zurzeit bereits 30 solcher Banden. Nach einem Teil der Banditen wird international wegen Terrorismus gefahndet. Ein Teil des Personals der sogenannten Bataillone hat den Status ausländischer Söldner und in Zusammenhang mit der in der Ukraine beschlossenen Gesetzgebung erhalten sie aus dem ukrainischen Budget erhöhte Zahlungen. Eines der Bataillone ist aufgrund einer Entscheidung Arsen Awakos in den Bestand der Abteilungen des Innenministeriums aufgenommen worden. Als Beispiel kann das radikal-islamische terroristische Dschochar-Dudajew-Bataillon mit 300 Kämpfern genannt werden, das zur Legitimierung seiner Anwesenheit im Donbass in den Bestand der bewaffneten Formation der Abteilung „Solotyje worota“ („Goldene Tore“) des Innenministeriums aufgenommen wurde.

Terroristische Banden, die auf der Seite der Regierungstruppen der Ukraine kämpfen, sind über folgende Ortschaften verteilt: Dsershinsk, Artjomowsk, Awdejewka und Schirokino. Nach unseren Informationen wird dem IS durch die Ukraine verstärkte Hilfe erwiesen als Zeichen der Dankbarkeit für die Unterstützung der bewaffneten Operation im Donbass durch terroristische Organisationen Afghanistans, des Iraks, Syriens, der Türkei. So existieren auf dem Territorium der Ukraine bereits Lager, in denen Terroristen ukrainische Nationalisten ausbilden, zivile Objekte zu sprengen, friedliche Menschen an öffentlichen Orten zu töten, in militärische Objekte einzudringen und sich selbst zusammen mit den Soldaten des Gegners in die Luft zu sprengen. Besondere Aufmerksamkeit widmen die arabischen Lehrer der Psychologie und Taktik der Führung eines terroristischen Kriegs. Auch schließt die Regierung der Ukraine die Augen vor der totalen Anwerbung der ukrainischen Jugend zur Teilnahme am bewaffneten Konflikt gegen die Regierungstruppen in Syrien und an anderen Brennpunkten. Beispielsweise hat vor kurzem in Jordanien ein Selbstmordattentäter, der in Charkow ausgebildet wurde, eine Sprengstoffattentat durchgeführt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie auch in Städten Europas Attentate durchgeführt haben. Immer häufiger bemerkt unsere Aufklärung, dass korrupte militärische Beamte der Ukraine Waffen aus der ATO-Zone an Terroristen in Syrien und Irak verkaufen.

Aus wessen Mitteln werden die Terroristen finanziert? All dies muss Beunruhigung hervorrufen.

Im Zusammenhang damit rufen wir die gesamte Weltöffentlichkeit dazu auf, die Aufmerksamkeit auf die Geburt eines realen Terrorismus im Herzen Europas zu richten. Bisher helfen die Länder Europas Kiew gegen sein eigenes Volk zu kämpfen, das gegen die

Junta aufgestanden ist, die Führung der Ukraine bereitet sich unter Kontrolle der Berater aus Washington darauf vor, Banden zur Entfesselung eines neuen Brandherdes in die EU zu schicken“, erklärte Eduard Basurin.

Abends:

De.sputniknews.com: Umfrage in Ukraine: Hauptprobleme sind Korruption und Donbass-Konflikt

Laut einer Umfrage des soziologischen Forschungsinstituts „Rating“, ist die Mehrheit der Ukrainer der Meinung, dass der Konflikt im ostukrainischen Donbass, die Korruption in den Behörden und die Arbeitslosigkeit zu den größten Problemen im Land gehören.

60 Prozent der Ukrainer glauben, dass die in der abtrünnigen Industrieregion durchgeführte Militäraktion das größte Problem in der Ukraine ist, wobei 50 Prozent der befragten Bewohner der von Kiew kontrollierten Donbassregion dieselbe Meinung vertreten.

47 Prozent der Umfrageteilnehmer bezeichneten die Korruption als das hauptsächliche Problem. Unter den Einwohnern der Regionen Donezk und Lugansk sahen nur 40 Prozent der Befragten die Korruption der ukrainischen Behörden als Kernproblem in der Ukraine.

34 Prozent der Bewohner der von Kiew kontrollierten Gebiete des Donbass bezeichneten die Arbeitslosigkeit als das Hauptproblem in der Ukraine, wobei in den anderen Regionen 27 Prozent dies genauso sehen.

Gleichzeitig glaubt die Mehrheit der Befragten, dass die ukrainischen Behörden zu wenig dafür tun, damit der Donbass Teil der Ukraine bleibt. Im von ukrainischen Truppen kontrollierten Teil des Donbass sind 29 Prozent dieser Meinung, weitere 23 meinen, dass die Behörden sich dafür „eher unzureichend“ einsetzen.

In den anderen Regionen der Ukraine sind 32 der Ansicht, dass Kiew sich zu wenig anstrengt, weitere 32 Prozent halten dessen Maßnahmen für „eher unzureichend“.

Die Umfrage wurde im Auftrag des International Republican Institute vom 19. bis 30.

November 2015 in der ganzen Ukraine außer in den von Kiew abtrünnigen Regionen durchgeführt. An der Umfrage nahmen 1.800 Ukrainer teil, im Donbass wurden insgesamt 1.284 Menschen befragt. Die Fehlerquote liegt bei 2,3 Prozent.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30685/90/306859015.jpg>

Dan-news.info: Kämpfer ukrainischer bewaffneter Gruppierungen haben heute Abend das Territorium des ehemaligen Flughafens von Donezk beschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den bewaffneten Einrichtungen der DVR mit.

„Die ukrainischen Truppen haben das Feuer gegen 19:45 auf den Flughafen eröffnet. Der Beschuss dauerte eine halbe Stunde“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass der Gegner das Feuer unter Anwendung von Granatwerfern des Kalibers 120mm eröffnete. Außerdem wurden kleinere Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Dan-news.info: Die Regierung der DVR bereitet eine Liste von festgehaltenen ukrainischen Soldaten für einen Austausch mit Kiew vor. Dies teilte heute der Pressedienst des Apparats der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa mit.

„Zurzeit bereiten wir tatsächlich eine Liste für den Austausch von Gefangenen mit Kiew vor. Informationen über die Zahl der Menschen, die die DVR bereit ist, der ukrainischen Seite zu übergeben, gibt es bisher nicht. Auch der Zeitpunkt eines möglichen Austausches ist bisher nicht bekannt“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass die ukrainische Seite zu Beginn erklärt hat, dass sie bereit ist, 50 Menschen in die DVR zu übergeben, aber bisher sind Listen mit 36 Festgehaltenen übergeben worden.

Zudem hat bezüglich der Ergebnisse der heutigen Verhandlungen der Kontaktgruppe der besondere Vertreter des Leiters der OSZE Martin Sajdik erklärt, dass die Seiten vereinbart haben, bis zum 20. Januar im Rahmen des Gefangenenaustauschs insgesamt 50 Menschen freizulassen.

Nach den letzten Angaben des Apparats der Bevollmächtigten werden insgesamt von der ukrainischen Seite derzeit etwa 1300 Menschen festgehalten, darunter sind 475 Soldaten, 589 zivile politische Gefangene und weitere 236 Zivilisten, die keine Beziehung zum bewaffneten Konflikt im Donbass haben.